

Keine Qual mit der Wahl

Joachim Göres

(jg) 2013 werden in Niedersachsen, Bayern und Hessen die Landtage gewählt, außerdem entscheiden die Bürger im September über die Zusammensetzung des Bundestages. Seit mehr als zehn Jahren finden im Vorfeld solcher Abstimmungen in vielen Schulen so genannte Juniorwahlen statt, auf die Schüler ab der Klasse 7 im Unterricht vorbereitet werden.

Erstmals in Deutschland durften 2011 im Bundesland Bremen 16- und 17-Jährige an einer Landtagswahl teilnehmen. Ein Experiment, das bundesweit für Aufsehen sorgte. Unter 18-Jährige hätten Defizite beim Politikverständnis, außerdem sei es sinnvoll, Volljährigkeit und Wahlrecht miteinander zu koppeln. Zudem wolle eine Mehrheit der 16- und 17-Jährigen nach Ergebnissen der letzten Shell-Jugendstudie gar kein Wahlrecht, weil sie selber das Gefühl hätten, nicht genügend über die Programme der Parteien und den Parlamentarismus zu wissen – so lauten einige Kritikpunkte derjenigen, die die Absenkung des Wahlalters ablehnen.

Hans-Wolfram Stein, Lehrer für Wirtschaft und Politik in Bremen, will diese Argumente nicht gelten lassen: „Wenn fehlende Kenntnisse und mangelndes Interesse die Kriterien wären, dann müssten auch viele Ältere ihr Wahlrecht verlieren. Für mich ist entscheidend, ob Jugendliche reif sind, solche Entscheidungen zu treffen. Und dies wird z.B. von den Autoren der Shell-Jugendstudie eindeutig bestätigt.“

Stein, der auch Regionalberater des Bundeswettbewerb „Demokratisches Handeln“ ist, hat an den Schulen in Bremen und Bremerhaven im Vorfeld der Landtagswahl die so genannten Juniorwahlen (siehe auch www.junior-wahl.de) organisiert. Daran können meist Schüler ab der Klasse 7 aufwärts teilnehmen, die von ihren Schulen dafür angemeldet wurden. Diese Juniorwahlen finden seit 1999 in vielen Bundesländern im Vorfeld von Bundestags-, Landtags- und Europawahlen statt, um Jugendliche für Politik zu interessieren und sie mit Wahlen vertraut zu machen. Die Juniorwahl in Bremen war dabei eine doppelte Premiere: noch nie zuvor haben fast alle Schulen dafür ihre Klassen angemeldet, noch nie durften 16- und 17-Jährige danach tatsächlich über die zukünftige Politik in ihrem Bundesland mitentscheiden.

„Ganz Deutschland schaut auf Bremen. Geht zur Wahl, damit auch in anderen Bundesländern künftig Jugendliche in unserem Alter wählen dürfen“, ruft ein Mädchen in der Gesamtschule Bremen Ost den rund 300 Schülern kurz vor der Wahl zu, die in der vollbesetzten Schaula mit Politikern über Atomkraft, über Lehrstellenmangel und das Wahlrecht ab 16 diskutieren. Auf den von den Schülern vorbereiteten Wahlveranstaltungen erfahren sie häufig, dass in wichtigen Fragen die Entscheidungen in Berlin und nicht in Bremen getroffen werden. Doch sie lassen nicht locker und wollen z.B. bei der Diskussion in der Gesamtschule von den Politikern hören, ob sie sich für ein Verbot des Transports von Brennelementen durch Bremen einsetzen wollen. „Die meisten interessieren sich mehr für große Themen wie die Klimakatastrophe als für Fragen der Landes- und Kommunalpolitik. Sie merken, dass dies nicht unbedingt ein Gegensatz sein muss, und fragen die Politiker, was sie in Bremen für den Ausbau erneuerbarer Energien tun wollen“, sagt Stein, für den es eine Selbstverständlichkeit ist, dass Schüler in einer Demokratie auf Wahlen vorbereitet und zu eigenen Aktivitäten ermuntert werden. Für ihn ist die Absenkung des Wahlalters in Bremen schon deshalb ein Erfolg, weil dadurch vor der Wahl das Interesse der Schüler an Politik deutlich gestiegen sei – sie hatten die Gewissheit, wirklich wählen zu dürfen und Wahlen nicht nur in der Schule zu simulieren.

Für den Bremer Landeswahlleiter Jürgen Wayand ist die tatsächliche Wahlbeteiligung entscheidend. Und die kann sich nach seiner Meinung sehen lassen: Im Vergleich zur letzten Bremer Landtagswahl im Jahre 2007 gingen diesmal prozentual mehr Erstwähler an die Urne. Die Wahlbeteiligung der 16- bis 20-Jährigen lag bei 48,6 Prozent, wobei junge Frauen und Männer in etwa gleich häufig von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Auf den ersten Blick nicht viel, aber im Vergleich mit den 21- bis 24-Jährigen (39,8 Prozent) ein deutlich besseres Ergebnis. Positiv ist auch das Verständnis des Wahlrechts. In Bremen durften fünf Stimmen abgegeben werden, die man beliebig auf Listen oder auch auf Einzelkandidaten verteilen konnte, wodurch Bewerber auf schlechteren Listenplätzen durch viele Stimmen nach vorne rücken konnten. Das kompliziertere Wahlrecht führte zu besonders vielen ungültigen Stimmen (2,6 Prozent) – in der Gruppe der bis 24-Jährigen lag dieser Anteil am niedrigsten (0,8 Prozent).

„Dieser Erfolg ist aber nicht vom Himmel gefallen, sondern war das Ergebnis einer intensiven Beschäftigung mit dem Thema Wahlen in den weiterführenden Schulen in Bremen und Bremerhaven“, heißt es in einer Analyse des Landeswahlleiters. Er hat auch untersucht, wem die Wähler zwischen 16 und 24 ihre Stimme gaben: Es führt die SPD mit 34,4 Prozent, gefolgt von den Grünen (30,2), den Sonstigen (11,4, dabei vor allem die Piratenpartei), CDU (11,3), Linke (5,9), der rechtspopulistischen Wählergruppe „Bürger in Wut“ (4,5) und der FDP (2,3).

Damit bestätigt sich ein Trend, der auch bei den parallel zu den Landtagswahlen durchgeführten Juniorwahlen im Jahre 2012 in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen deutlich wurde: die Grünen, die Piratenpartei, die Linke und rechte bzw. rechtsradikale Gruppierungen schneiden bei den Jugendlichen besser ab als bei älteren Wählern, während SPD, CDU und FDP bei den Schülern in der Regel weniger Prozente erzielen. „Die Ergebnisse der Juniorwahlen spiegeln das Erstwählerverhalten bei den Landtagswahlen wider“, sagt Gerald Wolff, Projektleiter der Juniorwahlen. Für ihn steht außer Frage, dass die intensive Beschäftigung mit den Wahlen in der Schule – in der Regel fünf bis acht Unterrichtseinheiten zu Wahlen und Demokratie durch meist engagierte Lehrer – positive Auswirkungen hat: „Bei unseren Studien zu den Auswirkungen von Juniorwahlen haben wir festgestellt, dass in den Familien mehr über Politik diskutiert wird, dass sich die Wahlbeteiligung der Eltern deutlich erhöht hat und dass vor allem Haupt- und Realschüler mehr über Politik wussten.“ ‹‹

(Kasten 1)

Produktinfo

Planspiel Politik: Wahlen, Spiel mit CD-ROM (ISBN: 978-3-12-800475-4)

Wie wird man in Deutschland Bundeskanzler? Welche Rolle spielen Parteien, Medien, Interessenverbände und Öffentlichkeit? Mit dem Planspiel Politik „Wahlen“ werden die Grundlagen unseres demokratischen Willensbildungsprozesses handlungsorientiert und systematisch erarbeitet. Geeignet zum Einsatz innerhalb des Unterrichts und in der Projektarbeit für die Klassen 6 bis 12.

(Kasten 2)

Kompakt

Das Interesse von jungen Leuten an Politik kann deutlich gesteigert werden, wenn vor Landtags- oder Bundestagswahlen im Unterricht das Wahlsystem und die Parteien zum Thema gemacht werden und die Schüler eine Wahl simulieren dürfen. Besonders groß ist ihr Engagement, wenn sie mit 16 tatsächlich das Wahlrecht bekommen, wie die Erfahrungen bei der Landtagswahl in Bremen zeigen.